

## UWG/FW Haushaltsrede 2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte vorweg darauf hinweisen, dass ich nicht gendere. Sprache ist, wie auch Musik, ein Kulturgut.

Unser Haushalt ist geprägt von der Politik in Berlin und gefährdet der UWG-Meinung nach die Leistungsfähigkeit der Kommune. Wir dürfen nicht die Last steigender Kreditzinsen und die Bereinigung der Corona-bedingten finanziellen Schäden der zukünftigen Generation aufbürden. Die steigende Zinslast und zwangsweise zunehmende Kassenkredite engen unseren Entscheidungsspielraum auf Jahre ein.

Aufgrund dieser Entwicklung und unserer Haushaltslage hat die UWG mehrere Anträge eingebracht zu Einsparmaßnahmen und zusätzlich auch solche, die den Menschen hier in Meerbusch direkt mehr Lebensqualität (Trinkbrunnen) bieten würden bzw. die Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben könnten.

Ich möchte diese Plattform auch nicht nutzen, um diesen Haushalt oder die Klientelpolitik der anwesenden Parteien oder die Verwaltungsspitze anzugreifen.

Die Misere unserer Haushaltslage ist ein Abbild des Abwärtstrends, in dem wir uns in Deutschland befinden. Die Themen Energie, Bildung, Sozialleistungen und Migration sind starke Einflussfaktoren auf unseren städtischen Haushalt.

Die Ampelregierung führt Deutschland in eine nachhaltige Krise, die nun auch jede Kommune finanziell erschüttert. Der Bundeskanzler hat sich nach 2 Jahren als vergesslicher Sprücheklopfer erwiesen.

Der Energie- und Wirtschaftsminister ist weiterhin ohne jeden Sachverstand, er hat sich selbst entzaubert wie im Märchen: Des (grünen) Kaisers neue Kleider. Die deutsche Wirtschaft steht für alle sichtbar nackt da.

Lindners Rumpf-FDP hängt an ihren Posten und vermeidet eine dringend nötige Neuwahl.

Während andere Staaten neben dem Ausbau neuer Energiequellen massiv die Atomwirtschaft ausbauen, haben die Grünen nun erreicht, dass Deutschland den schmutzigsten Strommix in der EU verwendet und wir uns mit Primärenergie versorgen müssen durch Staaten wie Katar, die menschenrechtlich äußerst umstritten sind. Und das soll uns auf 15 Jahre abhängig machen. Vom amerikanischen Fracking-Gas ganz zu schweigen, was wiederum in Deutschland umwelttechnisch in der Kritik steht.

Um in Deutschland durch Wind und Sonne den Strombedarf decken zu können, fehlt es an entsprechenden Speichern. Ohne Speicher und Kraftwerke für den Grundbedarf gelingt die Energiewende nicht. Daher brummen die deutschen Kohlekraftwerke und beschleunigen mit ihrem Ausstoß den Klimawandel, den die Grünen eigentlich bremsen wollen. Wir importieren lieber weiterhin Strom aus französischen Kernkraftwerken, wie verlogen ist das!

Unser Land hat keine nachhaltige Energieversorgung, sondern ein planloses Patchwork aus erneuerbaren Energien und fossilen Dreckschleudern. Zugleich verlottert unsere Infrastruktur und deutsche Schlüsselindustrien wie Chemie und Autobranche befinden sich in der Krise. Wir sind ein äußerst hilfsbereites Land, Milliarden an Hilfen gehen in viele Staaten dieser Welt. Es kann aber nicht sein, dass unsere eigenen Probleme vor uns hergeschoben werden. Hierzu nur einige Beispiele: marode Brücken, Straßen, Schienennetze, Digitalisierung, Lehrermangel, Medikamentenmangel. Wie schafft es ein Land wie Deutschland, seine Kinder nicht mit Fiebersäften versorgen zu können? Wie sieht es mit dem drohenden Pflegeplatz- und Pflegekräftemangel aus? Auch hier laufen wir sehenden Auges in eine Unterversorgung der alternden und geburtenstarken Jahrgänge.

Jetzt kommt neuerdings die SPD mit dem grandiosen Vorschlag, Dienstfahrzeuge zu besteuern, hunderttausende von mobilen Pflegekräften wären hiervon direkt negativ betroffen. Stattdessen wird das Kanzleramt großzügig erweitert, 1500 neue Beamtenstellen und Tarifierhebungen kreiert, da reiben wir uns sogar im kleinen Meerbusch die Augen.

In den letzten Jahren wird es in Meerbusch deutlich, dass unsere Verwaltung immer mehr Probleme hat, geeignete Mitarbeiter zu finden und diejenigen, die sich finden lassen, haben einen deutlich schlechteren Ausbildungsstand. Die aktuelle Pisa Studie von 2022 war das schlechteste Ergebnis aller Zeiten. Die Gründe sind hinreichend bekannt. Bildung ist nicht mehr erstrebenswert, Leistung zu erbringen wird bereits bei den Bundesjugendspielen abgeschafft, es darf keine Gewinner geben. Für ein einst erfolgreiches Sportland ein fatales Zeichen.

Bei einer Rekordzahl an offenen Stellen senken wir durch Einführung von neuen Sozialleistungen die Anreize, überhaupt zu arbeiten. Trotz eines offensichtlichen Spargebots wird unsere Ampelregierung das Bürgergeld erneut um 12% erhöhen. Minister Heil sagt, man dürfe soziale Gruppen nicht gegeneinander ausspielen, jedoch steht man mit Bürgergeldbezug vielfach besser da als der arbeitende Bürger. Das verletzt das Gerechtigkeitsempfinden der wahlberechtigten Menschen hier in unserem Land.

Auch die Wirtschaftsweisen finden kein Gehör bei der Politik. Sie fordern nämlich, dass Deutschland sich qualifizierte Zuwanderer ins Land holt, Unternehmen, die an Zukunftstechnologie forschen, müssen gefördert werden. Es braucht stärkere Erwerbsanreize, verbesserte Schulbildung und eine Stärkung der Universitäten. Auch hier versagt unsere Politik einmal mehr.

Beim Thema Digitalisierung ist Deutschland, nicht nur Meerbusch, ein Sorgenkind. Laut dem Bund der Steuerzahler müssten hier große Investitionen getätigt werden. Leider fiel unser UWG-Antrag auf wesentliche Mittel zur Beschleunigung der Digitalisierung dem Spardiktat der CDU und FDP zum Opfer. So bleibt Meerbusch weiterhin im digitalen Neandertal.

Einer der großen Diskussionspunkte in Deutschland ist seit 2015 die illegale Migration und der Umgang mit stetig steigenden Flüchtlingszahlen. Es ist selbstverständlich, Kriegsflüchtlinge und Verfolgte aufzunehmen, aber wir sind mittlerweile zum Anziehungspunkt vieler Menschen geworden, die von unserem Sozialsystem aufgefangen werden wollen. Auch hier kämpft Meerbusch mit den aus der Merkel-Ära und der Ampelregierung zunehmenden Kosten und Herausforderungen. Die aktuelle Wahl in den Niederlanden zeigt auf, dass nicht die Bevölkerung über Nacht zu einem wilden Haufen Rechtsextremer geworden ist, sondern ein erheblicher Anteil der Bevölkerung genug von den etablierten Parteien und Politikern hat, welche die Einwanderungsprobleme Jahr für Jahr klein reden oder ignorieren. Die Einwanderung ist in den Ländern, die prozentual die meisten Flüchtlinge aufgenommen haben, zu einer Krise geworden. Die Folgen sind Wohnungsnot, Engpässe bei Schulen und im Gesundheitswesen, lokale Bildung, kulturelle Entfremdung, eine zunehmende Kriminalität und Spannungen.

Jahrelang haben wir unsere Grenzen nicht geschützt. Viele Tausende Menschen ohne Papiere und Kontrollen sind ins Land gelaufen, Gefährder wurden nicht abgeschoben, islamistische Parallelwelten und Antisemitismus konnten sich frei entfalten. Staatsschützer sprechen bereits von einem drohendem Kontrollverlust.

Solange die uns bekannten Parteien offene Grenzen propagieren, unsere Geldleistungen für Flüchtlinge hohe Anreize darstellen und Rückführungen nur zögerlich durchgeführt werden, braucht man keine Glaskugel, um sich vorzustellen, wie die nächsten Wahlen hier in Deutschland ausgehen werden. Die UWG im Kreistag hat dazu federführend einen Antrag zur sofortigen Einführung einer Zahlkarte mit den Kooperationspartnern gestellt, um die Pull-Faktoren zu verringern.

Deutschland kommt finanziell und politisch an seine Erschöpfungsgrenze mit mehr als 3 Millionen Flüchtlingen seit 2015. Selten haben sich Regierungsparteien verbohrter und starrsinniger gezeigt. Der größte Teil der Menschen in Deutschland ist es satt, für die realitätsfernen Visionen der Ampel immer mehr zahlen zu müssen.

Meine Damen und Herren, wir hier im Rat sind zwar nur kommunalpolitisch aktiv, sollten uns aber offen und ehrlich zu den Entwicklungen äußern und auch Veränderungen fordern. Veränderungen sind notwendig in verschiedenen Bereichen, ebenso in der Kommune, auch wenn die CDU und FDP nur ihre eigenen Haushaltsanträge - waren da überhaupt welche? - zulässt. Nicht alle CDU'ler und FDP'ler finden das richtig, deshalb sollten wir innovativ jeden zukünftigen Haushaltsantrag geheim abstimmen lassen.

Mein Dank gilt der Verwaltung unserer Stadt, den Ehrenamtlichen und dem Bund der Steuerzahler, der uns auch in diesem Jahr vertrauensvoll beraten hat.

Frohe Weihnachten